

Bildung in Guatemala

Seit Jahren wird in Guatemala an einer Bildungsreform gearbeitet, mit deren Umsetzung es an allen Ecken und Enden und in erster Linie am politischen Willen und am Geld fehlt. Der Tatsache, dass es in vielen, vor allem ländlichen Gemeinden, an Lehrpersonal fehlt, bzw. gewisse Schulklassen bis zu 100 Kinder umfassen, stehen 40'000 arbeitslose LehrerInnen gegenüber, Tendenz mit jedem Jahr steigend. Jährlich werden rund 18'000 LehrerInnen ausgebildet, das Bildungsministerium kann jedoch nur 3'000 davon absorbieren. Wer als PrimarlehrerIn arbeitet, hat einen durchschnittlichen Basislohn von 220 US-\$, was viele zwingt, zwei Klassen zu unterrichten, eine am Morgen und die andere am Nachmittag.

Wir veröffentlichen anlässlich des 26. Juni, des Tags des/der LehrerIn, zwei Artikel zum Thema Bildung. Der eine ist in Qana'oj Nr. 009 erschienen (siehe fundemosgt.org) und vertritt die These, dass nur wer selber liest, eine gute LehrerIn sein kann. Der zweite ist von Susanne Kummer, Projektleiterin von Miriam, einem Bildungsprojekt für indigene Frauen aus dem ländlichen Raum.

Lesen, der Schlüssel zur Bildung

Eines der zentralen Themen der Friedensagenda und der Strategie zur Reduktion der Armut bildet die Verbesserung der Bildung. Schauen wir uns die verschiedenen Analysen zum Thema an, stellen wir eine Übereinstimmung der Unzufriedenheit sowohl der SchulabgängerInnen wie auch des Lehrpersonals mit der Qualität der Bildung fest.

Das Thema ist nicht neu in der Geschichte Guatemalas. Die jeweiligen Regierungen haben ihre Bildungspolitiken und -programme ausgearbeitet und eingeführt, doch keine hat es geschafft, den Zerfall des Bildungssystems aufzuhalten. Was auch immer die Gründe waren (Strukturen, fehlender politischer Wille, fehlende finanzielle Mittel, Ineffizienz, etc.), sie haben auf jeden Fall dazu beigetragen, dass die Situation heute so ist wie sie ist.

Anfänglich wurde "Qualität" im Zusammenhang mit Bildung fast exklusiv anhand des Wissenstandes der Studierenden gemessen. Mit der Zeit wurden auch andere Faktoren berücksichtigt wie z. B. die institutionellen Bedingungen und ihre Auswirkungen auf den Lehr- und Lernprozess oder die Bildung und Fähigkeiten des Lehrpersonals sowie die Qualität des didaktischen Materials und der Lehrbücher, speziell auch im Umgang mit SchülerInnen, bei denen ein Risiko besteht, dass sie im Lernprozess scheitern oder ausgeschlossen werden.

Sowohl die "Deklaration für eine Erziehung für alle" aus dem Jahr 1990 sowie der Aktionsplan von Dakkar aus dem Jahr 2000 (die beiden jüngsten UNO-Deklarationen zum Thema Bildung) nennen "Qualität" als das Zentrum der Bildung. Doch auch diese "Qualität" ist relativ und unterschiedlich definiert je nach wirtschaftlicher Situation der Bevölkerung. Die Qualität der Bildung ist schlechter in armen Regionen und in Guatemala wurde im Jahr 2002 gemäss Umfragen der Vereinten Nationen 57% der Bevölkerung als arm und 21.5% der Bevölkerung als extrem arm bezeichnet.

Im Jahr 2001 veröffentlichte die guatemaltekeische *Universidad del Valle* die Ergebnisse einer Untersuchung, die sie mit Kindern der dritten und der sechsten Klasse in den Jahren 1997, 1999 und 2000 durchgeführt hatte. Die Kinder schnitten

in den Fächern Lesen und Mathematik generell schlecht ab, in ländlichen Gebieten waren die Ergebnisse jedoch weitaus schlechter als in städtischen Regionen. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass in den städtischen Schulen die LehrerInnen besser ausgebildet sind und sie über bessere Infrastruktur sowie mehr Lehrbücher verfügen. Diese Tendenz korrespondiert mit Statistiken, laut denen 3 von 4 Personen auf dem Land arm sind bzw. 4 von 10 als extrem arm gelten. In den urbanen Gebieten sind 4 von 10 Personen arm und weniger als 1 von 10 gilt als extrem arm.

Obwohl seit dem Jahr 2000 eine Verbesserung einiger Indikatoren im Bildungssektor wahrzunehmen ist, bleibt noch viel zu tun. Es reicht nicht, die Bildungspolitik zu reformieren, auch die LehrerInnen spielen eine wichtige Rolle, da verschiedene Bestrebungen, das Bildungssystem zu verbessern, von der Bereitschaft des Lehrpersonals abhängen, diese umzusetzen. Eine Zahl, die beunruhigt und mit der Bildungsqualität zusammenhängt, ist das Leseverhalten der LehrerInnen: Gemäss einer am 10. Mai 2005 in der Tageszeitung *el Periódico* veröffentlichten Umfrage lesen 35,6% des Lehrpersonals täglich in einem Buch, 40,7% lesen manchmal. Doch das unausgeprägte Leseverhalten betrifft nicht exklusiv die LehrerInnen (unabhängig davon, wo sie unterrichten). In Guatemala fehlt generell eine Lesekultur ebenso wie Orte fehlen, wo das Lesen gefördert wird, ohne dass dafür viel Geld ausgegeben werden muss (z. B. Bibliotheken).

In diesem Sinne müssen auch die Eltern erwähnt werden, die, da oft selber totale oder funktionelle AnalfabetInnen (Personen, die zwar Lesen und Schreiben gelernt haben, jedoch nicht in der Lage sind, ihre Ideen klar zu kommunizieren bzw. die den Inhalt eines Textes nicht verstehen), das Leseverhalten ihrer Kinder in keiner Weise fördern. Gemäss der Volksbefragung von 2002 sind 28,5% der Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahre AnalfabetInnen.

Das mangelnde Leseverhalten schlägt sich im Lehr- und Lernprozess (und schliesslich im gesamten Geschehen des Landes) nieder. Eine Evaluation, die letztes Jahr

mit SchülerInnen in Abschlussklassen von Berufsschulen gemacht wurde, zeigte auf, dass immer mehr Studierende, die einen mittleren Bildungsgrad abschließen, funktionale AnalphabetInnen sind. Sie verlassen die Aulen als stolze BesitzerInnen von Diplomen ohne Bedeutung, da sie nicht in der Lage sind, technische Gebrauchsanweisungen, literarische Essays oder historische Dokumente zu lesen und zu verstehen und keine mehrschrittigen mathematischen Aufgaben lösen können. Wir befinden uns hier in einem Teufelskreis, der sich wiederholt und das ganze Land betrifft, speziell die GuatemaltekinInnen, die in (extremer) Armut leben.

Die fehlende Lesegewohnheit ist ein Faktor, der die Bildungsqualität beeinflusst. Es können noch so viele Lehrpläne perfektioniert, Textbücher geschrieben, wunderbare Schulhäuser gebaut, neue Methoden entwickelt werden, doch so lange wir Lehrpersonal haben, das selber nicht liest, wird sich unsere Bildung real nicht verbessern. Aber es

ist ebenso schwierig, Kontroll- oder Evaluationspolitiken zu entwickeln, um die Lehrtätigkeit zu überprüfen mit dem Ziel, die Bildungsqualität zu verbessern, da sich gewisse LehrerInnengewerkschaften auf ihre im Gesetz festgeschriebenen "Organisationsprinzipien" beziehen, die "zum Schutz" der LehrerInnen geschaffen wurden. Dabei vergessen sie das Recht der SchülerInnen auf eine gute Bildung. Diese könnte beginnen wenn diejenigen, die sich als Lehrpersonal ausbilden, eine professionellere Ausbildung hätten, die eine ständige Begleitung und Supervision beinhaltet, wenn sie selber zu lesen beginnen würden und – selbstverständlich – wenn sie angemessen entlohnt werden.

Die Lehrtätigkeit ist eine zentrale Komponente der Bildungstätigkeit. Ein Bildungssystem, dem es an professioneller und institutionalisierter Organisation fehlt, in deren Rahmen die Ausbildung zur Lehrtätigkeit stattfindet, ist garantiert nicht in der Lage, die gewünschten Erfolge im Lernverhalten der

SchülerInnen zu erzielen.

Um die Bildungsqualität in Guatemala zu verbessern, braucht es eine integrale Bildungsreform und die Zuteilung der entsprechenden Gelder, um die entsprechenden Programme und Projekte umzusetzen. Es braucht aber auch ein Umdenken der seit Jahren gewerkschaftlich organisierten LehrerInnen, ebenso wie es eines Umdenkens der sich in Ausbildung befindenden zukünftigen LehrerInnen bedarf, weil sich sonst der oben erwähnte Teufelskreis der Ignoranz und der unzulänglichen Bildung täglich wiederholt und eine Entwicklung für Guatemala verunmöglicht.

Eine Bildung, die keine kritische Masse hervorbringt und die Kreativität und die Phantasie nicht fördert, ist eine Bildung, die den Status quo reproduziert. Leider wird im aktuellen nationalen Bildungssystem die arme Bevölkerung am wenigsten berücksichtigt und muss wohl am längsten auf eine qualitativ gute Bildung warten, die ihr helfen würde, die Probleme dieser Zeit zu bewältigen.

Der schwierige Weg zur Universität - Frauen und Studium in Guatemala

Guatemalas Bildungsdaten sind nach wie vor erschreckend, trotz der Fortschritte, die in den letzten zwanzig Jahren erzielt wurden. Jede dritte Frau und jeder vierte Mann kann nach wie vor nicht lesen und schreiben. Durch die strukturelle Diskriminierung und Marginalisierung der indigenen Bevölkerung bestehen weiterhin enorme Bildungsunterschiede. Ein österreichisches Projekt versucht, speziell indigenen Frauen aus dem ländlichen Raum den Zugang zu universitärer Bildung zu ermöglichen.

Eine der Hauptursachen für die Probleme des guatemaltekinischen Bildungssystems sind die viel zu niedrigen Bildungsausgaben, die zu den geringsten in Lateinamerika zählen. Sie liegen zwischen nur 2,4% und 2,7% des Bruttoinlandsprodukts, während vergleichsweise Costa Rica 4,4% des BIP aufwendet und Kuba sich gar 8,5% leistet. Die Bildungspolitik basiert seit Jahren auf neoliberalen Grundsätzen und hat im Rahmen der Privatisierung des Bildungssystems bereits viele Funktionen den Gemeinden, den Eltern und Privatunternehmern übertragen. Auf diese Weise wurde insbesondere für den ländlichen Raum ein Bildungssystem zweiter Klasse geschaffen, fern von Qualitätskontrollen und der Einhaltung der Arbeitsrechte der LehrerInnen. Die Bildungsqualität ist im allgemeinen äusserst gering. Bei einer im letzten Jahr durchgeführten Evaluierung durch das guatemaltekinische Unterrichtsministerium haben nur 17% der SchülerInnen die Prüfungen bestanden und bei den Zulassungsprüfungen zur staatlichen Universität USAC fallen bis zu 75% der KandidatenInnen durch.

Nachholbedarf für Frauen

Es unter diesen Umständen gar bis zur Universität zu schaffen, ist äusserst schwierig, ganz besonders für indigene

Frauen, die im Durchschnitt nur bis zur 3. Klasse Volksschule gelangen. Nur 1,4% der erwachsenen indigenen Frauen auf dem Land hat die Mittelschule „secundaria“ besucht und gar nur 0,3% haben Zugang zur Universität. Im städtischen Bereich haben zumindest 14,2% Zugang zur Mittelschule und 2,1% zur Universität, aber immer noch um vieles weniger als nicht-indigene urbane Frauen, von denen 35,7 % die Mittelschule abschliessen und 11 % an der Universität studieren.

Ein sehr positiver Trend der letzten Jahre ist, dass die Unterschiede zwischen der Einschulung von Buben und Mädchen zurückgehen, was einen Bewusstseinswandel in der Gesellschaft aufzeigt, nicht mehr so selbstverständlich der Ausbildung von Buben den Vorrang zu geben. An der staatlichen Universität USAC haben sich 2003 zum ersten Mal mehr Studentinnen als Studenten eingeschrieben. Auch das ist ein enormer Fortschritt, wenn man bedenkt, dass 1974 der Frauenanteil der USAC lediglich 26% betrug. Das universitäre System hat in den letzten Jahren insgesamt eine sowohl quantitative, wie auch geografische Expansion erfahren. Im Jahr 1981 gab es nur 44,681 Studenten und 19,789 Studentinnen, während im Jahr 2002 die USAC und eine Reihe von neu gegründeten privaten Universitäten

bereits 181,084 Studenten und 141,049 Studentinnen zählten.

Der lange Weg zur/durch die Universität

Ein wichtiger Umstand für den Zugang der indigenen Bevölkerung zur Universität ist, dass die meisten Universitäten eine ganze Reihe von Aussenstellen eröffnet haben, wodurch man heute in allen Hauptstädten der Departements und sogar in 13 Bezirkshauptstädten studieren kann. Viele dieser „Mini-Unis“ funktionieren allerdings nur am Wochenende in gemieteten öffentlichen Schulgebäuden und haben nur ein beschränktes Angebot an Studienrichtungen. Auch die Studienqualität ist durchschnittlich um einiges geringer als in der Hauptstadt und manche der privaten Universitäten verlangen für ihre Aussenstellen, ganz im Gegensatz zu ihrem zentralen Campus, keine Aufnahmeprüfungen.

Was studieren guatemaltekinische Frauen? An erster Stelle stehen die Rechtswissenschaften, die 15,1% aller Studentinnen der USAC im heurigen Jahr stellen, gefolgt von Wirtschaftswissenschaften mit 14,4%, Pädagogik und Lehramtstudium mit 6,2%, Psychologie mit 5,9%, Kommunikationswissenschaften mit 5,5% und Medizin mit 4,8%. Me-

dizin studieren bereits mehr Frauen als Männer und auch das Studium der Rechte scheint zur Frauensache zu werden, während die technischen Studienrichtungen nach wie vor eine Männerdomäne sind. Die durchschnittliche Studiendauer ist extrem lang und so brauchen beispielsweise ein Anwalt oder eine Anwältin an der USAC 15,5 Jahre, eine Sozialarbeiterin 12,5 Jahre für den Studienabschluss. Sehr viele Studierende legen zwar alle Prüfungen der erforderlichen Lehrveranstaltungen ab, schaffen es aber nicht ihre Diplomarbeiten und Diplomprüfungen zu absolvieren und können so ihr Studium nicht formell mit dem akademischen Grad abschliessen.

Studienförderung ist rar

Es gibt nur wenige Stipendienprogramme, die universitäre Bildung finanzieren. Ein sehr erfolgreiches Projekt war das von der US-AID unterstützte Projekt EDUMAYA, das zwischen 1998 und 2004 gezielt die Ausbildung von über 1'000 AkademikerInnen der Mayabevölkerung finanziert hat. Leider wurde das Projekt nicht verlängert. Die USAC ver-

gibt jährlich 500 Stipendien für eine Anzahl von knapp 110.000 Studierenden, von denen zum Beispiel im Jahr 1998 nur ein Drittel an Frauen vergeben wurden und davon nur 69 an Frauen aus dem Landesinneren.

Das aus Mitteln der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit und privaten Spenden finanzierte Projekt MIRIAM ist das einzige Stipendienprogramm in Guatemala, das sich ausschliesslich auf die universitäre Förderung von Frauen konzentriert. MIRIAM unterstützt dreissig Frauen mit einem monatlichen Stipendium zwischen 70 und 100 US-Dollar und 16 Studentinnen bekommen im Rahmen eines speziellen Programms Unterstützung für ihren Studienabschluss. Eine besondere Priorität stellt die Unterstützung für Frauen aus dem vorwiegend indigenen Hochland dar. Von den aktuellen Stipendiatinnen sind 85% Mayas aus den Völkern der Kiché, Kaqchikel, Mam, Tzutujil, Achí, Chuj und Poqomam.

Es ist eine weitverbreitete Fehleinschätzung zu erwarten, dass sich eine Frau automatisch für andere Frauen ein-

setzt, nur weil sie selbst auch eine Frau ist. Daher ist ein wichtiger Aspekt der Arbeit, die Stipendiatinnen mit monatlichen Treffen zu begleiten, wo gezielt zu Genderthemen gearbeitet wird. MIRIAM verfolgt den Ansatz, dass es nicht genügt, einfach nur Akademikerinnen auszubilden, sondern dass es unabdingbar ist, gleichzeitig auch Genderbewusstsein und Solidarität zu stärken. Soziales Engagement ist eines der wichtigsten Kriterien für eine Unterstützung mit einem Stipendium von MIRIAM und die Stipendiatinnen sind in einer Vielzahl von Organisationen der Frauen-, Menschenrechts-, Bauern- und Sozialbewegung und in lokalen Entwicklungskomitees aktiv.

Auf diese Weise wird sichergestellt, dass das Stipendium nicht nur der wirtschaftlichen und sozialen Besserstellung einer einzelnen Person dient, sondern einer grossen Anzahl von Menschen und insbesondere Frauen zugute kommt.

Mehr Information über MIRIAM www.miriam-projekt.org

Ein klares NEIN gegen die Goldmine in Sipacapa

Guatemala, 1. Juli. Am 18. Juni haben die BürgerInnen der 13 Gemeinden von Sipacapa, San Marcos, in einer eindrücklichen Demonstration von Demokratie ihre Unterstützung für die bzw. ihre Ablehnung der Minenaktivitäten aufgezeigt. An der Volksbefragung nahmen insgesamt 2'530 Personen teil, davon stimmten 2'455 gegen die Minen, 35 dafür, 32 enthielten sich der Stimme und 8 legten ungültig ein. Begleitet wurde die *consulta popular* von 75 nationalen und internationalen BeobachterInnen, die einen einwandfreien Abstimmungsverlauf bestätigten.

Die Abstimmung war begleitet von einer Desinformationskampagne seitens der Regierung und der Minenbetreiberin *Montana*, die vor Gericht argumentierte, dass die Minenlizenz nicht Gegenstand einer Volksabstimmung sein könne, da es sich bei Gold um ein staatliches Gut handle und es eine verfassungsrechtliche Bestimmung gäbe, welche den Abbau von Gold als von öffentlichem Interesse deklariere. Diesem Einwand gab das zuständige Zivilgericht am 15. Juni statt, worauf der Gemeinderat die Suspendierung der Abstimmung bekannt gab. Am 16. Juni widerrief das Verfassungsgericht den Entscheid des Zivilgerichts, wobei es sich auf den Artikel 169 der ILO-Konvention über die Rechte der indigenen Völker sowie auf diverse Artikel der Gemeindeverordnung

berief. Noch am 17. Juni liess *Montana* von Kindern der Gemeinden Flugblätter verteilen auf denen es hiess, die Abstimmung finde nicht statt, einige Lokalradios sowie die Lautsprecher des Gemeinderats verbreiteten die selbe Propaganda. Doch die Bevölkerung von Sipacapa liess sich nicht beirren und das Resultat der *consulta* ist eindeutig.

(Eine ähnliche Polemik spielt sich zur Zeit in Río Hondo, Zacapa, ab, wo eine auf den 3. Juli angesetzte Volksabstimmung über den Bau eines Wasserkraftwerks – siehe ¡Fijáte! 336 – mit ähnlichen Argumenten wie „staatliche Güter“ vom erstinstanzlichen Gericht abgelehnt wurde und nichtsdestotrotz von der Gemeindebehörde durchgeführt wird.)

Am 28. Juni wurden die Ergebnisse der Abstimmung dem Kongress und dem Menschenrechtsprokurator Sergio Morales übergeben, damit deren Rechtsgültigkeit überprüft wird. Die Antwort von Kongresspräsident Jorge Méndez Herburger hätte abschätziger nicht sein können: „Die Leute in Indien verhungern, weil sie glauben, Rindfleisch zu essen sei schlecht. Das selbe wird den Leuten in Sipacapa geschehen, die sich gegen die Mine wehren“. Unabhängig der demagogischen Sprücheklopferei steckt die Regierung in der Zwickmühle, einen Präzedenzfall zu schaffen: Entweder einen demokratisch durchgeführten

Entscheidungsprozess der Bevölkerung anzuerkennen und die entsprechenden Massnahmen gegen die Mine einzuleiten oder aber die eigenen sowie die Interessen der Minenbetreiberin zu schützen und damit die vielbeschworene Demokratie zu unterlaufen.

Am 25. Juni fand in San Marcos die Konferenz „Die Mientätigkeit und die Kulturgüter der indigenen Völker“ statt, an der neben VertreterInnen aus sechs guatemalteckischen Departements, die vom Minenbau betroffen sind, auch Gäste aus Mexiko anwesend waren, die mit dem selben Problem konfrontiert sind. Man stellte fest, dass in beiden Ländern im Rahmen des *Plan Puebla Panamá* ähnliche Entwicklungen laufen. So wurde beschlossen, eine grenzüberschreitende Koordination zu bilden und gemeinsame politische und juristische Massnahmen zu ergreifen, die über einen Gesetzesvorschlag zur Änderung des Minengesetzes hinausgehen. Angestrebt wird eine Verfassungsänderung, damit die Rechte der indigenen Bevölkerung, ihre Autonomie und ihre traditionelle Rechtsprechung anerkannt wird.

Auch auf kultureller und linguistischer Ebene wird ein länderübergreifender Austausch angestrebt, leben doch auf beiden Seiten der Grenzen Angehörige der Indígena-Gruppe Mam, die gemeinsame Wurzeln und Herkunft haben.

Koalition Pro-CICIACS aufgelöst

Guatemala, 25. Juni. Mitte Mai gaben die DirektorInnen der acht Organisationen, welche die Koalition für die Schaffung einer *Untersuchungskommission illegaler Körperschaften und Geheimer Strukturen* (CICIACS) bilden, die Auflösung ihres Zusammenschlusses bekannt. Sie schrieben einen offenen Brief an die FreundInnen und UnterstützerInnen der Koalition aus dem wir im Folgenden zitieren:

„Seit 2001 haben guatemaltekische Menschenrechtsorganisationen Aktivitäten und Reflexionen betrieben, die zu einer der wichtigsten Initiativen in Sachen Menschenrechte der letzten Jahre geführt haben: Der CICIACS. Wir haben in den vergangenen 4 1/2 Jahren wichtige Ziele erreicht, dazu gehört der Vorschlag der Schaffung einer CICIACS, aber auch die Vertiefung unserer Kenntnisse über die klandestinen Strukturen und deren Einfluss auf die Straflosigkeit und die Menschenrechtssituation.

Letztes Jahr wurde das Abkommen zwischen dem guatemaltekischen Staat und den Vereinten Nationen über die Schaffung der CICIACS von der Exeku-

tive, der Legislative und dem Verfassungsgericht, die sich standhaft seiner Ratifizierung widersetzen, endgültig zunichte gemacht. Die Regierung, die wiederholt ihre Bereitschaft signalisierte, eine Instanz zu gründen, deren Aufgabe die Auflösung der klandestinen Strukturen ist, hat ihre Aufgabe nicht erfüllt.

Im Kontext dieser Dynamik hat die Koalition Pro-CICIACS drei Planungssitzungen durchgeführt, um eine Strategie zu entwickeln, mit der die klandestinen Strukturen bekämpft werden können. Es ging auch darum, auszuloten, wie gross unser Handlungsspielraum und unsere Möglichkeiten als Koalition überhaupt sind. Nach einer gründlichen Analyse der Situation und der möglichen Perspektiven für eine Weiterarbeit sind wir DirektorInnen der Mitgliedsorganisationen der Koalition zu dem Schluss gekommen, diese aufzulösen. Die aktuellen Umstände, speziell der mangelnde politische Wille des Staates, verhindern das Weiterkommen auf dem von uns eingeschlagenen Weg.

Dies bedeutet aber nicht, dass wir

die Menschenrechtsagenda über Bord werfen, im Gegenteil, die aktuelle Situation verlangt ein verstärktes Engagement und die Arbeit eines Netzwerks, das die Themen mit einer neuen Dynamik angeht. Auch wenn das Sekretariat der Koalition Ende Mai mit seiner Arbeit aufgehört, bleibt die Verbindlichkeit der einzelnen Organisationen, weiterhin gegen das organisierte Verbrechen und die klandestinen Strukturen zu kämpfen.“

Am 23. Juni meldete die Tageszeitung *el Periódico*, dass Präsident Berger einen neuen Anlauf starte, um doch noch eine *Untersuchungskommission illegaler Körperschaften und Geheimer Strukturen* einzusetzen. Frank LaRue, Vorsitzender der Präsidialen Menschenrechtskommission (COPREDEH) spricht von einer Wiederaufnahme von Verhandlungen mit dem Kongress, um der UNO einen Konsensvorschlag zu unterbreiten.

Die Reaktionen auf diese Meldung seitens der Menschenrechtsorganisationen ist mehr als verhalten, bisher gab es von niemandem eine offizielle Stellungnahme.

Menschenrechtsorganisationen und Regierung im "Dialog"

Guatemala, 29. Juni. Ausgerechnet in der Nacht nach dem Tag des/der LehrerIn wurde das Büro der LehrerInnengewerkschaft STEG in der guatemaltekischen Hauptstadt überfallen. Wie in ähnlichen Fällen jüngerer Datums wurden auch hier die Festplatten der Computer mit wichtigen Informationen und Daten gestohlen und hinterliessen Kreuze mit roter Farbe auf den Bildschirmen und Bildern an den Wänden.

Gemäss einem Dokument der guatemaltekischen Menschenrechtsorganisationen fanden zwischen dem 1. Januar und dem 22. Juni 2005 insgesamt 102 Angriffe auf MenschenrechtsaktivistInnen statt, also alle 33 Stunden einer. Damit ist zur Jahresmitte etwa der Stand des gesamten letzten Jahres erreicht.

Anlässlich dieser Tatsache fand am 24. Mai ein Treffen dieser Organisationen mit dem Vizepräsidenten Eduardo Stein und dem Sicherheitskabinett, dem Innenminister Carlos Vielmann und dem COPREDEH-Präsidenten Frank LaRue statt. Seither ist seitens der Regierung nichts geschehen und die Menschenrechtsorganisationen erinnerten in einem Brief mit Datum vom 27. Juni den Vizepräsidenten an seine im Mai gemachten Versprechen:

„Sie versprochen uns mündlich, bis zu unserem nächsten Treffen am 3. Juni (das nicht zustande kam, die Red.) eine

Reihe von Massnahmen umzusetzen:

1. Eine schriftliche Erklärung über alle die von Ihnen eingeleiteten Massnahmen (wurde nicht gemacht).

2. Eine öffentliche Solidaritätsbekundung mit den MenschenrechtsaktivistInnen und ExponentInnen sozialer Organisationen (wurde nicht gemacht).

3. Untersuchungen seitens der Staatsanwaltschaft (Staatsanwalt Luis Florido lud uns zu einem Treffen ein und nahm unsere Informationen entgegen, klärte uns aber nicht über den Stand der bisherigen Untersuchungen auf und bestimmte auch niemanden, der oder die für die Weiterverfolgung der Fälle zuständig wäre).

4. Weiter versprochen Sie zu veranlassen, dass keinE öffentlicher FunktioniärIn sich negativ über die Arbeit der Menschenrechts- und sozialen Organisationen äussere.

Ihre mündlichen Versprechen genügen nicht, damit sich die Situation verbessert und wir mehr Schutz geniessen. Heute, einen Monat nach unserem ersten und 20 Tage nach dem zweiten, nicht realisierten Treffen, verschlimmert sich die Situation trotz des Versprechens der Regierung, uns und unsere Institutionen zu schützen. Mit dem Nichteinhalten Ihrer Versprechen bringen Sie uns noch mehr in Gefahr, und es scheint, dass nicht einmal das Sicherheitskabi-

nett die Sache ernst nimmt. Wir machen den Staat für jegliche weiteren Anschläge auf MenschenrechtsaktivistInnen verantwortlich, sei es durch seine direkte Verwicklung darin oder sei es wegen Unterlassung seiner Pflichten als Garant von Schutz und Sicherheit."

¡Fijáte!

**Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e. V.**

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise

14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Das Militär auf den verschiedenen Bühnen

Guatemala, 29. Juni. Die alten Installationen der Militärbasis in Cobán, Alta Verapaz, wurden dieser Tage auf Isthmus-Ebene als erstes Regionalzentrum für Friedensoperationen der Vereinten Nationen eingeweiht. Hier sollen jene zentralamerikanischen ZivilistInnen und SoldatInnen trainiert werden, die an UN-Friedensmissionen teilnehmen. Ausschlaggebend für die Initiative und Lokalisierung ist die derzeitige Beteiligung guatemalteckischer Truppen an den UN-Missionen in Haiti und in der Demokratischen Republik Kongo.

Finanzierung und Kommando des neuen Trainingslagers liegen in den Händen des US-amerikanischen *Comando Sur*, einer der geostrategischen Militärbasen der US-Armee mit Sitz in Miami, Florida, die für die Region Lateinamerika und Karibik - ausser Mexiko, Kuba und Puerto Rico - und in dieser vornehmlich für die Implementierung von Sicherheitsassistenzenprogrammen zuständig ist. Zweifel am Sinn und Zweck der Konstellation "UN-Friedenstraininglager und *Comando Sur*" weckt ein Kommentar des Kommandanten der *Sur*-Brigade, General Bantz Craddock. Er wies nämlich im Pentagon im Zusammenhang mit dem Besuch des US-Verteidigungssekretärs Rumsfeld in Lateinamerika darauf hin, dass die Priorität Nummer Eins der nordamerikanischen Streitkräfte, die er in Lateinamerika kommandiere, der Krieg gegen den Terrorismus und Nummer Zwei der Kampf gegen den Drogenhandel sei. Zum offiziell geplanten sechsmonatigen Lehrprogramm des Trainingszentrums gehören unterdessen ein UNO-Grundkurs, ein Kurs für Offiziere, ein Kurs für MilitärbeobachterInnen und einer für UN-KorrespondentInnen.

Gemäss dem guatemalteckischen Verteidigungsminister Carlos Aldana wird mit diesem Regionalprojekt beabsichtigt, die Beteiligung Zentralamerikas an UN-Friedenseinsätzen als Block zu stärken. Ähnliche Trainingseinrichtungen finden sich Lateinamerika weit in Argentinien, Uruguay und Chile; in diesen wurden die guatemalteckischen Militärs instruiert, die Ende Oktober 2004 nach Haiti und Ende März 2005 in den Kongo entsendet wurden.

Nach rund 7 ½ Monaten kehrt das erste guatemalteckische UN-Kontingent derweil aus Haiti zurück und wird durch ein neues ersetzt, das für die nächsten sechs Monate die multinationale UN-Friedensmission integrieren wird.

„Raus aus meinem Land!“ war der Begrüssungsruf für die „Neuen“, mit dem die HaitianerInnen ihren Unmut

über die Präsenz der rund fünftausend UN-SoldatInnen ausdrückten, deren Aufgabe es sein sollte, die Ruhe in einem Land zu bewahren, in dem es keine Verfassungsordnung gibt und in dem sich 96 politische Parteien bei den Wahlen Ende des Jahres um die Macht streiten werden.

Während die KameradInnen in der Karibik stationiert sind, dominierte in Guatemala in diesen Tagen die Diskussion um den *Nationaltag der Armee* am 30. Juni. Dieses Datum markierte einst die Liberale Revolution von 1871 und wurde heuer zum 134. Mal, zur Feier des Jahrestages der Militärinstitution begegangen.

Nichts klingt kurioser als die offizielle Rechtfertigung der Reaktivierung der Militärparade an diesem Tag, die als Konsequenz der Friedensverträge während der Regierung Álvaro Arzús 1997 suspendiert wurde.

Verteidigungsminister Aldana erklärte, mit der Parade eine „Botschaft der Einheit“ an die Mitglieder der Streitkräfte senden zu wollen. Erst die Kritik aus der Zivilgesellschaft brachte die Zuständigen dazu, den ursprünglichen Marsch durch die Hauptstadt auf eine Präsentation und Zusammenkunft auf dem Platz der Verfassung und einen Umzug in dessen Umgebung zu reduzieren.

Früher, so Erwin Pérez in seinem Artikel in *Incidencia democrática*, dienten die Militärparaden als Demonstration der Macht und wichtiger Bestandteil des psychologischen Kriegs. Dieser suchte in erster Linie die Demotivierung und Demoralisierung der aufständischen KämpferInnen und das Brechen ihres Kampfwillens. Parallel dazu wurde mit der Militärschau die Einschüchterung der Zivilbevölkerung beabsichtigt, damit diese sich nicht dem revolutionären Kampf anschliesse; innerhalb der Militärreihen bezweckte man die Schaffung von Vertrauen, Einheit und Bereitschaft zum Kampf.

Schlüsselaspekt der Parade in der heutigen Zeit ist die Tatsache, dass der Krieg vorbei ist und die Unterzeichnung der Friedensverträge partielle Veränderungen herbeigeführt hat, selbst in der Armee. So könnte man die angekündigte Schau als Rückfall in den Befriedigungs- und Versöhnungsprozess der guatemalteckischen Bevölkerung verstehen.

Ziehe man jedoch die Vorkommnisse der letzten Zeit in Betracht, in die sich die Streitkräfte verwickelt sahen und sehen, könne man auch zu anderen Schlüssen kommen, so Pérez. Die offiziellen Versionen, zum Beispiel über die

Ursachen des Brandes eines Schuppens in der Brigadebasis Mariscal Zavala in der hauptstädtischen Zone 17, in dem angeblich unbrauchbare Sprengkörper, Waffenausrüstung und Munition gelagert waren, werfen mehr Fragen auf als sie beantworten.

Nicht weniger heikel für das Verteidigungsministerium ist eine Anzeige, die kürzlich der Staatsanwaltschaft eingereicht wurde. Darin wird dem *Versorgungsinstitut des Militärs* (IPM) vorgeworfen, über das Unternehmen *Maya Químicos*, an dem das IPM mit 70% der Aktien beteiligt ist, in den Import und illegalen Verkauf von Kaliumchlorat an klandestine Pyrotechnik-Fabriken und kriminelle Gruppen involviert zu sein. An dem dunklen Geschäft sind laut Beschuldigung diverse Militärs beteiligt, die ihren finanziellen Nutzen daraus ziehen. In diesem Rahmen wird darüber spekuliert, inwiefern der erwähnte Schuppenbrand auf dem Militärgelände zur Vernichtung von Beweismaterial gedient habe, die Staatsanwaltschaft hat dies noch nicht endgültig ermittelt.

Für niemanden zu übersehen sind einige Verhaltensveränderungen des Militärs seit US-Verteidigungssekretär Rumsfeld im März das Land besuchte. Neuerdings seien sie höchstinteressiert am Kampf gegen den Drogenhandel und der Verfolgung von Jugendbanden, so könne die Parade auch interpretiert werden als Bedürfnis der bewaffneten Institution, sich auf der Bühne der inneren Sicherheit neu zu positionieren, den alten Gepflogenheiten entsprechend, meint Erwin Pérez.

Letztendlich resultiere die Parade völlig kontraproduktiv für das Militär, sind doch weder die Wunden ob des vom Militär zu über 90% verübten Mordes an Frauen, Männern, BäuerInnen, Studierenden und Arbeitenden aus der Zeit des bewaffneten Konflikts lange nicht verheilt, noch lässt sich leugnen, dass es gerade Militärs und so genannte Militärs „a. D.“ sind, die in diverse Verbrechen wie Entführung, Drogenhandel, Morde, Korruption und Geldwäsche noch heute involviert sind.

Für Francisco Raymundo, Vertreter der *Defensoría Maya* stellt die Parade denn auch ein Attentat auf die Würde der MärtyrerInnen und Überlebenden des Konflikts dar und zeugt deutlich von dem Versuch bestimmter Sektoren, das Land wieder militarisieren und die Hegemonie über die Zivilmacht bewahren zu wollen. Ganz zum Nachteil der Fortschritte des Aufbaus von Frieden, der Stärkung der Justiz und dem Respekt der Menschenrechte.

Kirchen und Konservative gegen Homosexuellen-Ehe

Guatemala, 26. Juni. Wie überall auf der Welt wurden auch in Guatemala anlässlich des *Christopher Street Day* die Rechte der Homosexuellen, Bisexuellen und Transsexuellen mit einer farbenfrohen Demonstration eingefordert. Neben der immergültigen Forderung nach dem Recht auf sexuelle Diversität und freie Lebensgestaltung waren dieses Jahr speziell zwei Themen aktuell: Die Ehe zwischen homosexuellen PartnerInnen und die Möglichkeit, dass homosexuelle Paare Kinder adoptieren können.

Der Entscheid des spanischen Kongresses vom April dieses Jahres, eine Gesetzesänderung einzuleiten, welche die Ehe zwischen gleichgeschlechtlichen PartnerInnen erlaubt, hat in der guatemalteckischen Lesben- und Schwulenszene Wellen geschlagen. (Das Gesetz wurde am 30. Juni ratifiziert und

macht Spanien somit zum weltweit dritten Land, in dem homosexuelle Paare heiraten können.)

Noch bevor aber seitens der Schwulen- und Lesbenorganisationen irgendwelche rechtlichen Schritte oder Initiativen in diese Richtung eingeleitet werden konnten, reagierten konservative Kräfte bereits mit einem Gesetzesvorschlag, der die Homosexuellen-Ehe explizit ausschliesst.

Die Initiative wurde am 24. Juni vom FRG-Abgeordneten Carlos Eduardo Velásquez eingereicht und wird von den Parteien UNE (*Nationale Einheit der Hoffnung*), der Regierungspartei GANA und der *Patriotischen Partei* (PP) unterstützt. „Es geht nicht um Diskriminierung, sondern um den Schutz der Familie als natürliches Element und Fundament der Gesellschaft“, erklärte der Ve-

lásquez. Die Gesetzesinitiative wurde mit einer Unterschriftensammlung begleitet, die vor allem von evangelikal-fundamentalistischen Kirchen lanciert wurde und bei der über 30'000 Unterschriften zusammenkamen.

Auch die katholische Kirche spricht sich gegen die „Homo-Ehe“ aus. Der Sprecher von Kardinal Rodolfo Quezada Toruño erklärte, die katholische Kirche unterstütze alles, was einer moralischen und korrekten Linie entspreche, weshalb sie gegen die gleichgeschlechtliche Ehe sei.

Andrea Barrios vom Menschenrechtszentrum CALDH sieht in dieser Entwicklung einen historischen Rückschritt und erinnert an andere Momente, in denen im „Namen Gottes“ Menschenrechtsverletzungen begangen wurden.

Goldener Löwe der Biennale geht nach Guatemala

Venedig, 21. Juni. Die guatemalteckische Künstlerin Regina José Galindo stellte auf der diesjährigen Biennale Zeitgenössischer Kunst in Venedig ihr Werk *Cinismus* („Zynismus“) vor, mit dem sie, als einzige preisgekrönte Frau Lateinamerikas, einen Goldenen Löwen gewann.

Die Jury des Festivals, das zum 51. Mal stattfand, würdigte Galindo in der Kategorie Beste Nachwuchskünstlerin unter 35 Jahre für den Film einer Hymenrekonstruktion (Widerherstellung des Jungfernhütchens). Das Werk von Regina Galindo zeigt diese Operation als Anklage der Situation in den Ländern, in denen die Jungfräulichkeit der Frau Bedingung für die Eheschliessung ist. Laut Jury-Urteil hat sich Galindo des Biennale-Preises für würdig erwiesen, „aufgrund ihres starken und imposanten visuellen Eindrucks in einer mutigen Aktion gegen die herrschende Macht“.

Mit ihrem Video, auf dem in Grossaufnahme gezeigt wird, wie sie sich ihr Jungfernhütchen operativ wiederherstellen lässt, will die Künstlerin auf die schlechten und gefährlichen Bedingungen dieses chirurgischen Eingriffes für Frauen aufmerksam machen. In der theoretischen Werksgrundlage, die der Wettbewerbs-Jury vorlag, erläutert Galindo ihr künstlerisches Vorgehen, ihre Ideen mittels ihres eigenen Körpers zu materialisieren.

Die Künstlerin wurde 1974 in Guatemala-Stadt geboren und lebt derzeit in der Dominikanischen Republik. Sie hat bereits zahlreiche Performances präsentiert, stets mit der Absicht, die verschie-

denen Verletzungen der Menschenrechte, speziell die der Frauen, zu denunzieren. So auch in ihrem Werk „Ich werde in den Wind schreien“ von 1990, in dem sie sich an das Gebäude des Postpalastes in Guatemala-Stadt gehängt hat, währenddessen sie ihre Gedichte vortrug, um zu zeigen, wie die Stimmen der Frauen sich im Wind verlieren. Auch mit ihrem Werk „Wer kann die Spuren verwischen?“ gewann Galindo Anerkennung. Bei dieser Live-Performance tauchte sie ihre Füsse in Blut und hinterliess Spuren auf ihrem Weg vom Verfassungsgericht bis zum Nationalen Kulturpalast in der guatemalteckischen

Hauptstadt.

Im Jahr 2003 präsentierte sie ihre Klangaktion „Schläge“, bei der das Publikum allein die Schläge eines Gürtels hören konnte, die aus einem Raum mit Mikrofonen kamen. In diesem verabreichte sich die Künstlerin, ihrer Kleidung entledigt, 269 Schläge mit einem Herrengürtel für jede Frau, die in Guatemala in jenem Jahr ermordet worden war, als eine Form des Protestes gegen den Feminizid. Eindrücke des künstlerischen Werkes der Guatemaltekin finden sich unter anderem unter <http://www.universes-in-universe.de/car/venezia/bien51/deu/arsenale/img-14.htm>.

Sechs von tausend Frauen

Guatemala, 29. Juni. In simultanen Aktionen wurden weltweit die Namen der tausend Frauen bekannt gegeben, die für den Friedensnobelpreis 2005 nominiert werden. Das von einer Schweizer Parlamentarierin initiierte Projekt „1000 Frauen für den Friedensnobelpreis“ will die unzähligen Frauen ehren, die sich täglich und überall auf der Welt gegen Gewalt, gegen Krieg und gegen Ungerechtigkeiten einsetzen. Das Engagement der Frauen für Sicherheit und Frieden soll sichtbar gemacht und das Ungleichgewicht in der bisherigen Preisverteilungspraxis (von den bisher 112 verliehenen Friedensnobelpreisen gingen 12 an Frauen) etwas ausgeglichen werden

Gemäss der lateinamerikanischen Koordinatorin des Projekts werden 98

Frauen aus der Region nominiert, darunter sechs aus Guatemala. Die Kandidatinnen sind: Alicia Rodríguez vom *Komitee Beijing Guatemala*; Candelaria Hernández, eine Mam-Frau, die sich für die Rechte der Flüchtlingsfrauen in Huehuetenango stark macht; Hilda Morales, eine auf das Thema Gewalt gegen Frauen spezialisierte Anwältin; Lucía Willis, eine Q'eqchi-Garifuna-Maya, Sozialarbeiterin und Menschenrechtsaktivistin; Norma Cruz, Gründerin einer Selbsthilfeorganisation für Angehörige von Opfern sexueller Gewalt; und Rosalina Tuyuc, Gründerin der Witwenorganisation CONAVIGUA.

Die Namen und Biographien der 1000 für den Friedensnobelpreis 2005 nominierten Frauen sind unter www.1000peacewomen.org abrufbar.